



Energiewende braucht Verlässlichkeit – Ausbau der Erneuerbaren nicht ausbremsen

Deutschland befindet sich in einer entscheidenden Phase seiner Energiepolitik: Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem bekannt gewordenen Entwurf zum „Netzpaket“ aus dem Bundeswirtschaftsministerium von Katherina Reiche (CDU) sollen zentrale Weichen für Netzausbau und Integration von Wind- und Solarenergie gestellt werden. Aus Sicht des GIH drohen jedoch Regelungen, die den Ausbau der Erneuerbaren bremsen und den Mitmacheffekt der Bevölkerung schwächen.

Die geplanten Förderkürzungen bei der Einspeisevergütung für PV-Anlagen bis 25 kW sind nach Einschätzung des GIH zu groß und zu schnell angesetzt. Stefan Bolln, der Vorsitzende des Energieberaterinnenverbands GIH sagt dazu: „Ein abrupter Abbau der Förderung würde einen erheblichen Investitionseinbruch auslösen – mit negativen Folgen nicht nur für Anlagenbetreiber, sondern auch für Handwerk, Mittelstand und die gesamte Wirtschaft. Förderanpassungen müssen daher planbar und schrittweise erfolgen.“ Ein überschneller Abbruch gefährde Vertrauen und Investitionssicherheit. „Photovoltaik ist das zentrale Instrument, um Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Energiewende zu beteiligen – dieser Mitmacheffekt darf nicht leichtfertig verspielt werden“ betont Bolln.

Bislang wurden Betreiber entschädigt, wenn Erneuerbare-Energien-Anlagen aufgrund von Netzengpässen abgeregelt werden mussten. Der neue Entwurf sieht nun kapazitätsbeschränkte Netze ohne Entschädigungsanspruch vor. Der sogenannte Redispatch-Vorbehalt würde es Netzbetreibern ermöglichen, neue Anlagen zwar anzuschließen, im Fall der Abregelung jedoch keine Entschädigung mehr zahlen zu müssen. Die Folge: Investitionen werden unkalkulierbar, wirtschaftliche Risiken steigen erheblich – und der Ausbau wird gehemmt. Der GIH fordert daher, auf unkalkulierbare Instrumente dringend zu verzichten. Gleichzeitig spricht sich der Verband für eine bessere Synchronisierung von Netzausbau und dem Ausbau der erneuerbaren Energien aus, um die Systemkosten zu begrenzen. Dabei darf der Ausbau von Aufdach-Photovoltaikanlagen keinesfalls ausgebremst werden. Perspektivisch sollten neue PV-Anlagen zudem möglichst nur noch in Kombination mit Speichern errichtet werden, um Netz und System zu entlasten. Es ist wichtig, zusätzliche Hürden zu vermeiden und Genehmigungsverfahren nicht weiter zu verkomplizieren.

Ebenso sollte geprüft werden, Erneuerbare Energien planbar an Netzausbaukosten zu beteiligen – transparent und wirtschaftlich kalkulierbar. Netzdienliches Verhalten könnte



gezielt durch Boni angereizt werden, damit Speicher auf die Zeiten hoher Einspeisung ausgelegt werden, um das Netz zu entlasten.

Der GIH appelliert an Politik und Verbraucher:innen, die qualifizierte Energieberatung einzubinden. Sie optimiert die Wirtschaftlichkeit von Anlagen, verbindet Photovoltaik sinnvoll mit erneuerbaren Heizsystemen und sorgt dafür, dass Investitionen im Zuge von Sanierungen strategisch „mitgedacht“ werden. Das sichert nicht nur den Erfolg der Energiewende, sondern käme auch Unternehmen und Handwerk zugute.

Über den GIH – Gebäudeenergieberater Ingenieure Handwerker e.V.:

Der GIH engagiert sich aktiv, um die Belange der Energieberatenden auf Bundes- und Landesebene zu vertreten. Durch seine politische Arbeit strebt der Verband an, die Rahmenbedingungen für die Branche positiv zu gestalten und innovative Lösungen zur Begrenzung des Klimawandels voranzutreiben. Als Dachverband von 13 regionalen Mitgliedsverbänden aus den jeweiligen Bundesländern, vertritt er mehr als 5.500 qualifizierte Energieberatende, darunter Handwerksmeister und Techniker, Ingenieure, Architekten, Naturwissenschaftler und Quereinsteiger. GIH-Mitglieder beraten unter anderem in den Bereichen Wohn- und Nichtwohngebäude, sowie in Energieeffizienz in der Wirtschaft und Auditierung von Unternehmen.